
Bericht

Future Business KG aA
Dresden

Erstellung des Jahresabschlusses
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Auftrag: 0.0708834.001-09



Inhaltsverzeichnis

A. Erstellungsauftrag	4
B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellungstätigkeit	6
C. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
I. Buchführung und weitere Unterlagen	8
II. Jahresabschluss	8
D. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung	9

<p>Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.</p>

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
AO	Abgabenordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KG aA	Kommanditgesellschaft auf Aktien

A. Erstellungsauftrag

1. Mit Beschluss des Amtsgerichts Dresden vom 1. April 2014 wurde über das Vermögen der Future Business KG aA das Insolvenzverfahren eröffnet und Herr Dr. Bruno M. Kübler zum Insolvenzverwalter bestellt. Der Insolvenzverwalter der

Future Business KG aA, Dresden,

(im Folgenden kurz "Future Business", "FuBus" oder "Gesellschaft" genannt)

hat uns auf Grund des Urteils des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 509/14) -mit dem der durch die Hauptversammlung der Gesellschaft am 18. Mai 2010 festgestellte Jahresabschluss für nichtig erklärt wurde- beauftragt, den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften (z. B. § 42 GmbHG, §§ 150 bis 160, 286 AktG) neu zu erstellen. Es handelt sich auftragsgemäß um eine Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen. Wesentlicher Grund für die Nichtigkeit des ursprünglichen Jahresabschlusses waren Verstöße gegen Bewertungsvorschriften und die sich hieraus ergebende wesentliche Beeinträchtigung der Gewinndarstellung der Gesellschaft. Gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 ist zwischenzeitlich Berufung eingelegt worden.

2. Der Jahresabschluss ist danach unter Korrektur der Verstöße gegen Ansatz- und Bewertungsvorschriften, nach den vorgelegten Unterlagen, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte, nach den gesetzlichen Vorschriften und nach den innerhalb dieses Rahmens liegenden Anweisungen des Auftraggebers zur Ausübung bestehender Wahlrechte neu zu erstellen. Daneben sind die vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise durch Befragungen und analytische Beurteilung auf ihre Plausibilität hin zu beurteilen, um mit einer gewissen Sicherheit ausschließen zu können, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Aufgrund der eingetretenen Insolvenz der Gesellschaft, der Beschlagnahme der Geschäftsunterlagen durch die Staatsanwaltschaft und der Tatsache, dass insbesondere die bislang in der Gesellschaft für die Erstellung der Buchhaltung und der Jahresabschlüsse zuständigen Geschäftsführer und Mitarbeiter sowie externe Dienstleister nicht mehr zur Verfügung standen, kann der Insolvenzverwalter die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen nicht versichern.

3. Unter Berücksichtigung der sich hieraus ergebenden Einschränkungen haben wir gleichwohl bei der Durchführung des Auftrags die Grundsätze des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) veröffentlichten Standards 7: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7) beachtet.
4. Die Future Business KG aA ist als kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB verpflichtet, einen Jahresabschluss nach den Vorschriften für Kapitalgesellschaften aufzustellen.
5. Wir erstatten diesen Bericht auf Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 zugrunde liegen sowie den sich aus Ziffer 2 ergebenden Einschränkungen. Unsere Verantwortung für die Auftragsdurchführung ergibt sich ausschließlich aus unserem Auftragsverhältnis mit der Gesellschaft und besteht danach allein dieser gegenüber. Eine Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Auftrags wurde nicht vereinbart; eine über unser Auftragsverhältnis hinausgehende Verantwortung Dritten gegenüber übernehmen wir somit nicht.
6. Über Art und Umfang unserer Arbeiten erstatten wir diesen Erstellungsbericht sinngemäß nach den allgemeinen Grundsätzen des IDW PS 450 und dem IDW S 7, dem der von uns erstellte Jahresabschluss als Anlage beigefügt ist.
7. Der Erstellungsbericht ist allein auf die Unterrichtung der Geschäftsführung gerichtet.
8. Sämtliche Unterlagen, die wir im Zusammenhang mit diesem Auftrag erstellt haben und die Bestandteil der Rechnungslegung sind, werden wir für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist archivieren.

B. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellungstätigkeit

9. Gegenstand unseres Auftrags war die Neuerstellung des durch das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 509/14) für nichtig erklärten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie den weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften.
10. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sowie für die Aufstellung des Jahresabschlusses und für die Entscheidungen über die Anwendung von Aufstellungs- und Offenlegungserleichterungen trägt der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft. Die Verantwortlichkeit des Insolvenzverwalters für die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen ist vorliegend jedoch insoweit eingeschränkt, als umfangreiche Unterlagen der Gesellschaft durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden und die bislang in der Gesellschaft für die Erstellung der Buchhaltung und der Jahresabschlüsse zuständigen Geschäftsführer und Mitarbeiter sowie externe Dienstleister nicht mehr zur Verfügung standen. Der Insolvenzverwalter der Gesellschaft kann insoweit keine Bestätigung der Vollständigkeit der in der Gesellschaft vorhandenen und uns vorgelegten Unterlagen abgeben. Wir haben daher mangels anderer Anhaltspunkte die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen unterstellt und diese soweit dies möglich und aufgrund des Umfangs vertretbar war plausibilisiert, um systematische Fehler soweit wie möglich ausschließen zu können.
11. Unser Auftrag umfasst sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich waren, um aufgrund der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie der eingeholten Auskünfte zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die gesetzlich vorgeschriebene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang zu erstellen.
12. **Ausgangspunkt** unserer Erstellungsarbeiten war daher der von StB Marcel Stübner für die Gesellschaft erstellte und durch den StB/WP Berthold Hußendörfer geprüfte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009.
13. Wir haben unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte eine Zuordnung der Konten und Bestandsnachweise zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Erstellung des Anhangs vorgenommen. Ferner haben wir auftragsgemäß die vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise auf ihre Plausibilität hin beurteilt. Zu diesem Zweck haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen durchgeführt, um mit einer gewissen Sicherheit ausschließen zu können, dass die vorgelegten Unterlagen nicht ordnungsgemäß sind.

14. Die Eröffnungsbilanzwerte haben wir daraufhin geprüft, ob sie vollständig aus dem Vorjahresabschluss übernommen wurden.
15. Zur Erstellung des Jahresabschlusses haben uns Journale, Konten und Inventare sowie u. a. Handelsregisterauszüge, Bankkontoauszüge, Darlehensverträge, Ein- und Ausgangsrechnungen sowie sonstige Geschäftsunterlagen vorgelegen.
16. Sofern steuerliche Sondervorschriften anzuwenden waren, die nicht im Einklang mit dem Handelsrecht stehen, wurden diese im Rahmen einer gesonderten Überleitungsrechnung berücksichtigt.
17. Unsere Arbeiten haben wir in den Monaten März bis Juni 2017 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Dresden sowie in unseren Geschäftsräumen durchgeführt.
18. Durch den Insolvenzverwalter und die von ihm beauftragten Mitarbeiter sind uns alle verlangten Auskünfte erteilt worden.
19. Als **Auskunftspersonen** haben uns zur Verfügung gestanden:
 - [REDACTED]
 - [REDACTED]
 - [REDACTED]
20. Der Insolvenzverwalter hat uns die berufübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zur Jahresabschlusserstellung **nicht** erteilt.

C. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Buchführung und weitere Unterlagen

21. Im Rahmen unserer Plausibilitätsbeurteilung haben wir zunächst die hinsichtlich Ansatz und Bewertungsfragen kritischen Sachverhalte, die zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses geführt haben, geprüft. Darüber hinaus haben wir aufgrund der uns zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse über das insgesamt nicht tragfähige Geschäftsmodell der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zum Stichtag auch sämtliche weiteren Bilanzansätze einer Prüfung auf der Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- unterzogen. Gleichwohl waren diese aufgrund der durch uns durchgeführten Plausibilisierung unserer Ansicht nach geeignet, diese zur Grundlage unserer Ansatz- und Bewertungsentscheidungen zu machen und so ein im Wesentlichen zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln.

II. Jahresabschluss

22. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang haben wir ordnungsgemäß aus der Buchführung der Gesellschaft, den uns vorgelegten weiteren Unterlagen und erteilten Auskünften abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten.
23. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß §§ 266 Abs. 1 Satz 3, 274a, 276 und 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB wurde teilweise Gebrauch gemacht.
24. Das sonstige Vermögen der Gesellschafter (Privatvermögen) wurde nicht in die Bilanz und auf das Privatvermögen entfallende Aufwendungen und Erträge nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen.
25. Der Jahresabschluss bildet die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 geltende Rechtslage ab. Dies betrifft insbesondere den Ausweis der Gewinnabführungen als sonstige Erlöse, die ab dem 1. Januar 2016 (BilRUG) als Umsatzerlöse auszuweisen wären, was danach zu einer Einordnung der Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 26 Abs. 3 HGB führen würde.

D. Ergebnis der Arbeiten und Bescheinigung

An die Future Business KG aA, Dresden:

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss –bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang– der Future Business KG aA für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften neu erstellt. Grundlage für die Erstellung war der durch das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 17. Februar 2017 (AZ: 1 HK O 509/14) für nichtig erklärte Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 der Gesellschaft sowie die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Der Insolvenzverwalter hat uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zur Jahresabschlusserstellung **nicht** erteilt.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf der Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind.

Ausgangspunkt unserer Erstellungsarbeiten war der von StB Marcel Stübner für die Gesellschaft erstellte und durch den StB/WP Berthold Hußendörfer geprüfte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009. Im Rahmen unserer Plausibilitätsbeurteilung haben wir zunächst die hinsichtlich Ansatz und Bewertungsfragen kritischen Sachverhalte, die zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses geführt haben, auf der Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- geprüft. Darüber hinaus haben wir aufgrund der uns zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse über das insgesamt nicht tragfähige Geschäftsmodell der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft zum Stichtag auch sämtliche weiteren Bilanzansätze einer Prüfung auf der Grundlage vorgelegter Bücher, Unterlagen und Belege -deren Vollständigkeit nicht gewährleistet werden kann- unterzogen. Gleichwohl waren diese aufgrund der durch uns durchgeführten Plausibilisierung unserer Ansicht nach geeignet, diese zur Grundlage unserer Ansatz- und Bewertungsentscheidungen zu machen und so ein im Wesentlichen zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln.

Wir erstatten diese Bescheinigung auf der Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 zugrunde liegen. Unsere Verantwortung für die Auftragsdurchführung ergibt sich ausschließlich aus unserem Auftragsverhältnis mit der Gesellschaft und besteht danach allein dieser gegenüber. Eine Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Auftrags wurde nicht vereinbart; eine über unser Auftragsverhältnis hinausgehende Verantwortung Dritten gegenüber übernehmen wir somit nicht.

Dresden, 24. Juli 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Margitta Markert
Steuerberater



i. V. Tobias Holdt
Rechtsanwalt

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bescheinigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unsere Bescheinigung zitiert wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

Anlagen



Anlagenverzeichnis

- I Bilanz zum 31. Dezember 2009
- II Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
- III Anhang
- IV Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2009

	31.12.2009 Euro	31.12.2008 Euro	31.12.2009 Euro
	239.369.043,59	247.554.107,22	282.780,33
	43.411.283,52	0,00	
	282.780.327,11	247.554.107,22	282.780,33

Übergangsbilanz zum 31. Dezember 2009

	31.12.2009 Euro	31.12.2008 Euro	31.12.2009 Euro
Übergangsbilanz zum 31. Dezember 2009	239.369.043,59	247.554.107,22	282.780,33
Übergangsbilanz zum 31. Dezember 2008	43.411.283,52	0,00	
Übergangsbilanz zum 31. Dezember 2007	282.780.327,11	247.554.107,22	282.780,33

Future Business KG aA, Dresden**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		1.978.888,54	3.930.004,93
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		<u>948.502,44</u>	<u>2.221.250,70</u>
3. Gesamtleistung		1.030.386,10	1.708.754,23
4. Sonstige betriebliche Erträge		170.327,14	775.881,25
5. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		177.955,20	228.440,12
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	293.590,49		221.201,12
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>52.583,98</u>		<u>42.894,61</u>
		346.174,47	264.095,73
7. Abschreibungen		12.013.779,17	526.812,70
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		29.317.834,66	24.190.044,04
9. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags erhaltene Gewinne		53.020.316,97	42.700.122,28
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.062.050,24	1.408.476,74
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.911.875,45	3.120.344,49
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		85.448.790,77	0,00
Übertrag		<u>67.109.578,37-</u>	<u>24.504.186,40</u>

Future Business KG aA, Dresden**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		67.109.578,37-	24.504.186,40
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>15.180.761,47</u>	<u>13.251.495,80</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		82.290.339,84-	11.252.690,60
15. Außerordentliche Erträge		<u>4.690,00</u>	<u>26.466,00</u>
16. Außerordentliches Ergebnis		4.690,00	26.466,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.076,82-		4.283.887,49
18. Sonstige Steuern	<u>763,00</u>	5.313,82-	<u>1.677,23</u> 4.285.564,72
19. Jahresfehlbetrag		82.280.336,02	6.993.591,88-
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		10.060.748,45	3.667.156,96
21. Bilanzverlust		<u>72.219.587,57</u>	<u>10.660.748,84-</u>

Anhang

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Future Business KG aA ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wird nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB) sowie weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften aufgestellt. Die Gesellschaft nimmt die größenabhängigen Erleichterungen der §§ 274a und 288 Abs. 1 HGB teilweise in Anspruch.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung anzubringen sind, weitestgehend im Anhang aufgeführt.

Der nunmehr erstellte Jahresabschluss enthält einzelne Posten, deren Ausweis und Bewertung mit den Vorjahreszahlen nicht vergleichbar sind. Die Unterschiede werden aus Gründen der Übersichtlichkeit unter IV. bei den betreffenden Positionen erläutert.

II. Angabe und Erläuterung von nicht vergleichbaren Vorjahreszahlen

Aufstellung unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten

Der ursprüngliche Jahresabschluss wurde durch die Gesellschaft unter Annahme der Unternehmensfortführung (Going-Concern) aufgestellt.

Zum Zeitpunkt der Neuerstellung bestehen erhebliche Zweifel an einer dauerhaften Fortführungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Dresden auf der Grundlage der Untersuchungen der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Zeitraum Dezember 2010 bis März 2012 wurden bis auf die Immobiliensparte in keiner Geschäftssparte der Gesellschaft positive Renditen erzielt. Da sich das Geschäftsmodell der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 in der in 2009 betriebenen Sparte Lebensversicherungen nicht von den geschäftlichen Aktivitäten in dieser Sparte in den untersuchten Folgejahren unterschied, sind die Erkenntnisse der Untersuchungen auch auf das hier zu beurteilende Geschäftsjahr 2009 übertragbar. Danach wurden im Geschäftsjahr entgegen den Angaben in den Prospekten und dem registerlichen Geschäftszweck durch die Gesellschaft überwiegend keine gebrauchten Versicherungspolizen vermittelt und verwertet, sondern im Wesentlichen fondsgebundene Eigenpolizen mit hohen Volumina mit einer

Laufzeit von in der Regel 30 Jahren abgeschlossen. Diese wurden durch die INFINUS Vertrieb & Service AG (IVS, ab 1. Juni 2012 firmierend als INFINUS AG Ihr Kompetenz Partner, kurz IKP) an die Gesellschaft vermittelt. Die hierdurch erwirtschafteten Provisionen der IVS wurden aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags an die Gesellschaft abgeführt und dort als Ertrag vereinnahmt (Gewinnabführung der IVS in 2009 von 52.179.848,40 €). Die abgeführten Gewinne wurden über ausgereichte Darlehen der Future Business an die IVS finanziert. Um die monatlichen Beiträge der abgeschlossenen Versicherungen bedienen zu können (insgesamt ca. 73,4 Mio. € in 2009), begab die Gesellschaft Orderschuldverschreibungen und Genussrechte mit einer Verzinsung zwischen 4,8 und 9,1 % p. a. und Laufzeiten zwischen 2 und 10 sowie unbegrenzter Laufzeit bei Orderschuldverschreibungen und 5, 10 und 15 Jahren bei Genussrechten. Hinzu kamen Verwaltungskosten von weiteren 3 % für die Orderschuldverschreibungen und Genussrechte. Die gegenüber den Anlegern versprochenen Renditen konnten aus dem Abschluss und Halten der Lebensversicherungen weder der Höhe nach, noch innerhalb der Laufzeiten der Orderschuldverschreibungen und Genussrechte erwirtschaftet werden. Die durchschnittliche Garantieverzinsung der deutschen Lebensversicherer lag im Jahre 2009 bei 4,3 % p. a. für klassische Lebensversicherungen.

Nach den Angaben des Bundesverbandes Investment und Assetmanagement e.V. (Anlage 84 zum Deloitte Gutachten) kann bei global investierenden Aktienfonds bei positivem Verlauf eine durchschnittliche Nettorendite von 5,01 % erreicht werden. Aufgrund der Finanzkrise 2008/2009 waren diese Renditen zum Stichtag jedoch nicht erwirtschaftbar. Aber selbst wenn die genannte Durchschnittsrendite von 5,01 % erreicht worden wäre, wäre sie nicht ausreichend gewesen, um die für das Fremdkapital anfallenden Zinsen zu bedienen.

Die positiven Renditen der vom Volumen im Vergleich zu dem übrigen Geschäft der Gesellschaft zu vernachlässigenden Immobiliensparte (Gesamtbuchwert der Immobilien von 11.311.809,22 € zum 31. Dezember 2009) reichte ebenfalls bei weitem nicht aus, um die systemische Inkongruenz zwischen Laufzeiten, Volumen und Verzinsung der Lebensversicherungen und Finanzierungsinstrumente zu beseitigen.

Zum Bilanzstichtag standen liquidierbare Lebensversicherungsbestände in Höhe von insgesamt ca. 112 Mio. € Anleiheverbindlichkeiten in Höhe von ca. 244 Mio. € gegenüber. Die vertraglich geschuldeten Beitragszahlungen belasteten die Liquidität der Gesellschaft so stark, dass sie jeweils kurz nach Neuabschluss der fondsgebundenen Eigenpolicen Teilrückkäufe tätigte und die neu abgeschlossenen Policen damit wirtschaftlich entwertete. Die Zahlung der den Anlegern versprochenen Zinserträge war aus dem verringerten Fondskapital nicht möglich und verschärfte das Problem der strukturellen Zins-, Laufzeit- und Volumeninkongruenz zwischen

Fremdfinanzierungsinstrumenten und Lebensversicherungen weiter. Auch in den Folgejahren gelang es der Gesellschaft nicht, ein nachhaltiges ertragbringendes Geschäftsmodell aufzubauen, so dass sich die Liquiditätskrise immer weiter verschärfte.

Durch die Unternehmensgruppe der Future Business wurde außer in der vom Volumen her vernachlässigbaren Immobiliensparte keine freie Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb und Investitionen erwirtschaftet. Die erforderliche Liquidität konnte somit nur durch Neuemissionen gesichert werden, die wiederum zu neuen und aus den Geschäftsbereichen nicht erwirtschaftbaren Zinslasten führten.

Nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB ist bei der Bewertung von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit auszugehen, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Unter Zugrundelegung der vorgenannten Kenntnisse im Aufstellungszeitpunkt hätte ein Festhalten am Going-Concern Grundsatz in dem neu zu erstellenden Jahresabschluss zu einem insgesamt fehlerhaften Ausweis der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft geführt.

Entscheidend für die Frage, ob der handelsrechtliche Jahresabschluss der Future Business KG aA zum 31. Dezember 2009 unter Annahme der Unternehmensfortführung aufzustellen (und damit zu erstellen) ist, sind grundsätzlich die Verhältnisse am Abschlussstichtag. Soweit allerdings zwischen dem Stichtag und dem Abschluss der Aufstellung des Jahresabschlusses Umstände eintreten, die als solche nach den Verhältnissen am Stichtag zwar nicht vorhersehbar waren (wertbegründende Ereignisse), die aber zu einem **Wegfall der Fortführungsannahme** führen, ist der Wegfall **auf alle zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgestellten Jahresabschlüsse zurückzubeziehen**, d. h. dass das Stichtagsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB) für die Beurteilung der Annahme der Unternehmensfortführung nicht gilt (vgl. IDW RS HFA 17 Tz. 25 i.V.m. IDW PS 270 Tz. 8, 31 und 48; Beck Bil-Komm., 10. Aufl., § 252 Anm. 12 m.w.N.). Dies gilt unabhängig davon, wann der Jahresabschluss aufgestellt wird, d. h. unabhängig davon, ob seit dem Abschlussstichtag das Unternehmen mehr als 12 Monate fortbestanden hat oder nicht (vgl. IDW PS 270 Tz. 8). Dieser Auffassung des Berufsstands liegt die Überlegung zugrunde, dass der Wegfall der Fortführungsannahme so tiefgreifend auf das Zahlenwerk des handelsrechtlichen Jahresabschlusses wirkt, dass bei einer ausschließlichen Berichterstattung im Anhang im Rahmen der Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag (§ 285 Nr. 33 HGB) die hieraus resultierenden Bilanzierungs- und Bewertungskonsequenzen für die Adressaten nicht ausreichend transparent werden (vgl. Beck Bil-Komm., 10. Aufl., § 252 Anm. 12 m.w.N.). Insofern liegt in diesem Fall eine **begründete Ausnahme/Durchbrechung des Stichtagsprinzips** gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 2 HGB vor.

Unabhängig von der mittlerweile eingetretenen Insolvenz und den damit vorgenannten beschriebenen Konsequenzen wäre aus unserer Sicht auch schon zum Zeitpunkt 31. Dezember 2009 nicht von der Fortführung des Geschäftsbetriebs auszugehen gewesen, weil in der wirtschaftlichen Betrachtung der gesamten Unternehmensgruppe der Future Business (FuBus-Gruppe) kein nachhaltiges ertragsbringendes Geschäftsmodell existierte.

III. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Aufgrund des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gesellschaft und der Gruppe wurde der Jahresabschluss unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten aufgestellt (siehe dazu II.).

Im folgenden Geschäftsjahr planmäßig ablaufende Versicherungsverträge werden aufgrund des vertragsbezogenen Wegfalls der Daueranlageabsicht gesondert unter der Position Forderungen aus Renten- und Lebensversicherungspolice unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die durch den vertragsgemäßen Ablauf erzielten Einnahmen werden als Umsatzerlöse ausgewiesen. Hieraus resultierende Buchwertabgänge werden als Bestandsveränderung dargestellt.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Erworbene **immaterielle Anlagewerte** wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Im Hinblick auf die auch über den Bilanzstichtag erfolgte betriebliche Nutzung und in Anbetracht der untergeordneten Größenordnung für den neu zu erstellenden Jahresabschluss wurde der bisherige Ansatz und die Bewertung fortgeführt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Für die unter den Sachanlagen ausgewiesene Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde ebenfalls im Hinblick auf die auch über den Bilanzstichtag erfolgte betriebliche Nutzung und in Anbetracht der untergeordneten Größenordnung für den neu zu erstellenden Jahresabschluss, der bisherige Ansatz und die Bewertung fortgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

In Bezug auf die Bilanzierung **geringwertiger Wirtschaftsgüter**, welche bis zum 31. Dezember 2009 angeschafft wurden, wird seit dem 1. Januar 2008 handelsrechtlich die steuerrechtliche Regelung des § 6 Abs. 2 und Abs. 2a EStG angewendet. Anschaffungskosten von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind, werden im Wirtschaftsjahr der Anschaffung, Herstellung oder Einlage in voller Höhe als Betriebsausgaben erfasst, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut 150 € nicht übersteigen. Für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag mehr als 150 € und bis zu 1.000 € betragen, wird ein jährlicher Sammelposten im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG gebildet. Der jährliche Sammelposten wird über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst. Scheidet ein Wirtschaftsgut vorzeitig aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert.

Klassische nicht fondsgebundene Lebensversicherungspolice wurden, soweit sie entgeltlich erworben wurden und die Gesellschaft als Versicherungsnehmer auftritt, zu Anschaffungskosten im Finanzanlagevermögen aktiviert. Die laufenden Beitragszahlungen werden als nachträgliche Anschaffungskosten behandelt. Dem Umlaufvermögen zugeordnete Verträge werden zu Anschaffungskosten oder dem jeweils niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag bilanziert.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Pauschalwertberichtigungen wurden nicht gebildet.

Die **Vorräte** wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt.

Der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden mit den Nominalbeträgen gezeigt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Der auf den persönlich haftenden Gesellschafter entfallende Verlust wird, soweit er die Summe des durch den Gesellschafter eingelegten Kapitals übersteigt, auf der Aktivseite unter dem Posten „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter“ ausgewiesen.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Das **gezeichnete Kapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die täglich rückzahlbaren Schuldverschreibungen sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt. Die restlichen Schuldverschreibungen wurden zum Ausgabebetrag zuzüglich der ermittelten Zinsschuld bis zum Abschlussstichtag passiviert.

Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** sind erhaltene Zahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die bisher üblichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Hinblick auf den Wegfall der Going-Concern Annahme geändert. Die sich hieraus ergebenden Änderungen sind in den Erläuterungen der einzelnen Posten unter IV. beschrieben.

Der Methodenwechsel war mit Blick auf die sachgerechte Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendig. Die Gegebenheiten werden voraussichtlich auch in den Folgejahren vorliegen. Ohne den vorgenommenen Methodenwechsel würde der Jahresabschluss zu falschen Aussagen über die Lage des Unternehmens führen.

IV. Angaben zur Bilanz**Aktiva****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>31.12.2009</u>	<u>404.277,00 €</u>
	31.12.2008	6.108,00 €
Bilanzansatz zum 01.01.2009		6.108,00 €
+ Zugänge		42.458,70 €
- Abgänge		1.054,00 €
+ Umbuchungen		389.476,34 €
- Abschreibungen		<u>32.712,04 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009		<u>404.277,00 €</u>

Geleistete Anzahlungen	<u>31.12.2009</u>	<u>0,00 €</u>
	31.12.2008	293.703,50 €
Bilanzansatz zum 01.01.2009		293.703,50 €
+ Zugänge		95.772,84 €
- Umbuchungen		<u>389.476,34 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009		<u>0,00 €</u>

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	<u>31.12.2009</u>	<u>7.025.363,03 €</u>
	31.12.2008	7.472.516,66 €
Bilanzansatz zum 01.01.2009		7.472.516,66 €
+ Zugänge		8.149,40 €
- Abschreibungen		<u>455.303,03 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009		<u>7.025.363,03 €</u>

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Sachanlagevermögen entfallen 7.025.363,03 € auf drei bebaute Grundstücke, wovon eines als Firmensitz der Gesellschaft dient. Die beiden anderen Objekte dienen der langfristigen Vermietung. Für die drei Objekte wurden im Geschäftsjahr insgesamt 455.303,03 € Abschreibungen vorgenommen, wovon 331.905,00 € auf Abschreibungen aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften gemäß § 254 HGB in Verbindung mit § 7i EStG entfallen. Aufgrund zum Stichtag vorhandener aber noch nicht realisierter stiller Reserven, waren die um planmäßige Buchwerte verringerten Anschaffungskosten beizubehalten.

2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	<u>31.12.2009</u>	<u>795.036,12 €</u>
	31.12.2008	832.682,59 €
Bilanzansatz zum 01.01.2009		832.682,59 €
+ Zugänge		32.702,20 €
- Abschreibungen		<u>70.348,67 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009		795.036,12 €

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

	<u>31.12.2009</u>	<u>5,00 €</u>
	31.12.2008	2.775.813,59 €

Zusammensetzung per 31.12.2009

Moritzburger Versicherungsmakler GmbH	1,00 €
INFINUS Vertrieb & Service AG	1,00 €
Capital Business GmbH	1,00 €
IFP INFINUS Financial Partner AG	1,00 €
INFINUS PR & Marketing GmbH	1,00 €

Aufgrund des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gruppe und mangels eines eigenständigen Geschäftes der Tochtergesellschaften waren die Beteiligungen an verbundenen Unternehmen unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten zum Stichtag vollständig wertzuberechtigten. Dies führte zu einem Abwertungsbedarf in Höhe von insgesamt 2.875.808,59 €.

2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

	<u>31.12.2009</u>	<u>1,00 €</u>
	31.12.2008	45.000.000,00 €

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen beinhalteten zum Stichtag 31. Dezember 2009 langfristige Darlehen an die Tochtergesellschaft Infinus Vertrieb & Service AG in Höhe von 45.000.000,00 €. Aufgrund der weiter oben ausgeführten Non-Going-Concern Gesichtspunkte für die gesamte FuBus-Gruppe ist nicht erkennbar wie die IVS in der Lage gewesen wäre, das Darlehen aus eigener Geschäftstätigkeit zurückzahlen zu können.

Theoretisch wäre eine künftige Einlage der Darlehen in die Tochtergesellschaften denkbar gewesen. Auch diese wären wegen des insgesamt nicht tragfähigen Geschäftsmodells der Gruppe und mangels eines eigenständigen Geschäftes der Tochtergesellschaften dauerhaft wertüberichtig gewesen. Daher waren die Ausleihungen unter Non-Going-Concern Gesichtspunkten zum Stichtag vollständig wertüberichtig.

3. Beteiligungen	<u>31.12.2009</u>	<u>2,00 €</u>
	31.12.2008	408.784,26 €

Zusammensetzung per 31.12.2009

Great Wheel Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG "Global View"	1,00 €
Future Business PLUS AG	1,00 €

Die Beteiligung an der Future Business PLUS AG wurde unter den unter II. ausgeführten Betrachtungen zum Non-Going-Concern vollständig wertberichtigt.

Im Geschäftsjahr 2009 bestand eine weitere Beteiligung an der Great Wheel Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG "Global View". Das eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft war bereits im 2009 weitestgehend aufgebraucht, die Gesellschaft wurde schließlich mit Beschluss vom 22. Dezember 2010 und mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 aufgelöst und anschließend liquidiert. Hieraus ergibt sich ebenfalls ein vollständiger Wertberichtigungsbedarf der Beteiligung.

4. Ausleihungen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

<u>31.12.2009</u>	<u>6.772.000,00 €</u>
31.12.2008	13.342.350,00 €

Die Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht beinhalten ausschließlich Genussrechte an der Future Business Plus AG. Aufgrund der bereits ausgeführten Non-Going-Concern Gesichtspunkte für die gesamte FuBus-Gruppe wurden die Genussrechte zum Stichtag wertberichtigt. Als werthaltig wurden dafür zum Stichtag 31. Dezember 2009 lediglich jene Genussrechte betrachtet, für die bis zum Erstellungszeitpunkt des vorliegenden Abschlusses eine Rückzahlung von insgesamt 6.772.000,00 € geleistet werden konnte.

Die Verzinsung der Genussrechte wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position "Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens" ausgewiesen.

5. Lebensversicherungspolice	<u>31.12.2009</u>	<u>84.075.597,68 €</u>
	31.12.2008	119.403.780,14 €

Der Bestand an Lebensversicherungspolice besteht zum Abschlussstichtag aus **klassischen Lebens- und Rentenversicherungen** unterschiedlicher Laufzeiten. Die Rückkaufswerte einzelner Verträge können, insbesondere unmittelbar nach dem Erwerb, unter den Anschaffungskosten liegen. Aufgrund der in den klassischen Lebens- und Rentenversicherungen vereinbarten Garantieverzinsung zwischen 2,75 und 4,2 % übersteigen die Rückkaufswerte perspektivisch die Anschaffungskosten. Hiermit ist wirtschaftlich die Nähe zu einer festverzinslichen Anleihe gegeben. Unter der Berücksichtigung des Anlagezieles, die Verträge bis zu ihrem Ablauf zu bedienen und im Bestand zu halten, ist bis zu einer Kündigung der Verträge keine dauernde Wertminderung gegeben. Insoweit wurden die ursprünglichen Anschaffungskosten fortgeführt.

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 wurden Ansatz und Bewertung, der bisher im Anlagevermögen erfassten Fremdpolice in Höhe von Euro 11.457.841,92 € korrigiert. Die Future Business hatte diese klassischen Lebensversicherungen im Anlagevermögen ausgewiesen, obwohl die Gesellschaft gegenüber den Versicherungsgesellschaften kein Bezugsrecht für die entsprechenden Verträge hatte. Ursache hierfür waren Erwerbsvorgänge dieser Versicherungen innerhalb der FuBus-Gruppe, bei denen eine Anzeige des Erwerbs gegenüber der jeweiligen Versicherungsgesellschaft durch die Future Business unterblieben war. Die Anzeige der Abtretung war nach den Versicherungsbedingungen jedoch Voraussetzung für den Erwerb eines Bezugsrechts gegenüber den jeweiligen Versicherungsgesellschaften, so dass diese Versicherungen zum Stichtag nicht dem Vermögen der Future Business zuzuordnen waren. Die Versicherungen haben die Rückkaufswerte auch nicht an die Future Business ausgekehrt. Die Future Business hat allerdings trotz der gegenüber den Versicherungsgesellschaften nicht angezeigten Erwerbsvorgänge die Beiträge für Versicherungen gezahlt. Aufgrund der von Future Business mit anderen Gesellschaften der Unternehmensgruppe abgeschlossenen Erwerbs- und Abtretungsverträge über fondsgebundene Lebensversicherungen hat die Future Business gegenüber den jeweiligen Verkäufern und Zedenten Forderungsrechte auf Auskehr der künftigen Versicherungsleistungen erworben. Diese waren grundsätzlich in Höhe der zum Bilanzstichtag bestehenden Rückkaufswerte in Höhe von insgesamt 7.994.267,32 € werthaltig. Allerdings halten wir die Forderungen aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Insolvenzen der Tochtergesellschaften nicht mehr für durchsetzbar. Der Durchsetzung etwaiger Absonderungsrechte steht § 91 InsO entgegen, so dass die Forderungen im Ergebnis vollständig abzuwerten waren.

Darüber hinaus war der Gesamtbestand an fondsgebundenen Lebensversicherungen zum Bilanzstichtag vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umzugliedern. Ein Ausweis von Vermögensgegenständen im Anlagevermögen kommt gemäß § 247 Abs. 2 HGB nur dann in Betracht, wenn diese dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Grundsätzlich kann der bilanzierende Kaufmann über eine Widmung der Vermögensgegenstände zum Anlagevermögen entscheiden. Die Zweckbestimmung folgt aus der Sache selbst und aus dem Willen des Unternehmers. Wenn jedoch ein Wirtschaftsgut selbst nach außen erkennbar die Zweckbe-

stimmung verloren hat oder andere objektive Umstände hinzutreten, die eine andersartige Widmung erkennen lassen, dann ist jedoch der bisherigen Widmung die Grundlage entzogen (BFH vom 26.11.1974, VIII R 61-62/73). Die vertraglichen Laufzeiten der umgegliederten Versicherungsverträge liegen durchschnittlich bei 30 Jahren. Die tatsächliche Durchführung der fondsgebundenen Lebensversicherungen durch die Gesellschaft weicht deutlich von diesen Zeiträumen ab und liegen signifikant unter 4 Jahren. Zwar wurden die Versicherungsverträge wegen der befürchteten Stornohaftung formal länger als 4 Jahre aufrecht erhalten, allerdings wurden die Versicherungen vor Ablauf von 5 Jahren wirtschaftlich durch entsprechende Teilrückkäufe entwertet und nicht langfristig unter Verfolgung einer nachhaltigen Anlageabsicht finanziell bedient. Die hierfür notwendige Liquidität konnte nicht aus dem laufenden Geschäft der Gesellschaft erwirtschaftet werden. Die Liquidität für die zunächst durch die Gesellschaft gezahlten Beiträge wurde über die Begebung von Genussrechten und Orderschuldverschreibungen, die mit aus dem Geschäftsmodell der Gesellschaft nicht zu erwirtschaftenden Zinsverpflichtungen verbunden waren, beschafft. Dies führte zu einem ständig steigenden Liquiditätsbedarf der Gesellschaft, der nur durch Teilrückkäufe der abgeschlossenen fondsgebundenen Lebensversicherungen und durch Ausgabe weiterer Orderschuldverschreibungen und Genussrechte, die zu neuen Zinsverpflichtungen führten, bedient werden konnte. Dieses Geschäftsmodell war insgesamt nicht tragfähig, um die fondsgebundenen Lebensversicherungen bis zum Ende der Vertragslaufzeiten zu bedienen. Tatsächlich wurden die Lebensversicherungen als Liquiditätsreserve behandelt, da unter Inkaufnahme hoher Buchverluste (im Jahr 2009 18,99 Mio. €) Teilrückkäufe getätigt wurden, durch die die eingezahlten Versicherungsbeiträge teilweise wieder an die Gesellschaft zurückflossen.

Bilanzansatz zum 01.01.2009	<u>119.403.780,14 €</u>
+ Zugänge	73.958.567,26 €
- Abgänge	38.898.877,11 €
- Umgliederungen Fremdpolicen	11.457.841,92 €
- Umgliederungen fondsgebundene Lebensversicherungen	<u>58.930.030,69 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>84.075.597,68 €</u>

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Immobilienbestand	<u>31.12.2009</u>	<u>4.286.446,19 €</u>
	31.12.2008	5.027.837,41 €

Unter der Position Immobilienbestand sind Objekte erfasst, die zum Wiederverkauf bestimmt sind. Bei den Objekten handelt es sich vorrangig um vermietete Mehrfamilienhäuser

geleistete Anzahlungen Immobilien	<u>31.12.2009</u>	<u>9.763,95 €</u>
	31.12.2008	0,00 €

<u>Zusammensetzung</u> geleistete Anzahlungen Immobilien		9.763,95 €
---	--	------------

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Renten und Lebensversicherungsverträgen	<u>31.12.2009</u>	<u>289.954,94 €</u>
	31.12.2008	150.736,76 €

Die Forderungen aus Renten- und Lebensversicherungsverträgen beinhalten Lebensversicherungspolice von insgesamt 289.954,94 €, die im folgenden Geschäftsjahr planmäßig ablaufen.

2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<u>31.12.2009</u>	<u>71.373,61 €</u>
	31.12.2008	863.507,55 €

<u>Zusammensetzung</u> gewährte Darlehen an Geschäftspartner		<u>71.373,61 €</u>
---	--	--------------------

Die ausgereichten Darlehen an Geschäftspartner betragen zum Stichtag 71.373,61 € und sind mit dem Rückzahlbetrag bewertet.

3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	<u>31.12.2009</u>	<u>90.213.235,01 €</u>
	31.12.2008	49.117.411,16 €

<u>Zusammensetzung</u>		
Verrechnung Moritzburger Versicherungsmakler GmbH		550.737,89 €
Verrechnung INFINUS Vertrieb & Service AG		52.125.237,19 €
Verrechnung INFINUS PR & Marketing GmbH		32.302,48 €
Verrechnung INFINUS Hausverwaltung GmbH		17.658,22 €
Verrechnung Capital Business GmbH		<u>267.052,79 €</u>
		<u>52.992.988,57 €</u>

<i>aus kurzfristigen Darlehen:</i>		
Moritzburger Versicherungsmakler GmbH		2.015.000,00 €
Capital Business GmbH		685.000,00 €
INFINUS Vertrieb & Service AG		<u>34.520.242,44 €</u>
		<u>37.220.242,44 €</u>

<i>aus Umgliederungen von Fremdpolicen</i>	
Moritzburger Versicherungsmakler GmbH	<u>713.309,48 €</u>
- Abschreibung auf Rückkaufswert	140.375,73 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	572.932,75 €
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>1,00 €</u>
Capital Business GmbH	<u>961.596,20 €</u>
- Abschreibung auf Rückkaufswert	66.779,20 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	894.816,00 €
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>1,00 €</u>
INFINUS Vertrieb & Service AG	<u>6.735.757,56 €</u>
- Abschreibung auf Rückkaufswert	1.082.300,28 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	5.653.456,28 €
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>1,00 €</u>
Fubus Plus	<u>2.292.200,33 €</u>
- Abschreibung auf Rückkaufswert	2.100.534,86 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Non-Going-Concern der Gruppe	191.664,47
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>1,00 €</u>

Die aus dem Anlagevermögen umgelierten Fremdpolicen waren grundsätzlich in Höhe der zum Bilanzstichtag bestehenden Rückkaufwerte in Höhe von insgesamt 7.994.267,32 € werthaltig. Allerdings halten wir die Forderungen aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Insolvenzen der Tochtergesellschaften nicht mehr für durchsetzbar. Der Durchsetzung etwaiger Absonderungsrechte steht § 91 InsO entgegen, so dass die Forderungen im Ergebnis vollständig abzuwerten waren.

Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen am Bilanzstichtag insgesamt 35.716,79 € (Vorjahr: 93.334,41 €).

4. sonstige Vermögensgegenstände	<u>31.12.2009</u>	<u>5.631.584,18 €</u>
	31.12.2008	37.489,78 €
Sonstige Vermögensgegenstände (b. 1 J)		4.164.576,42 €
Körperschaftsteuerrückforderung		966.233,26 €
Steuerüberzahlungen		493.337,00 €
Geldtransit		5.000,00 €
Durchlaufende Posten		132,41 €
Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen		25,54 €
Forderungen gegen Personal (g. 1 Jahr)		2.278,55 €
Ford. aus Lebensversicherungen Biehl		1,00 €

Die sonstigen Vermögensgegenstände bis 1 Jahr enthalten Ansprüche aus Teilrückkäufen von Versicherungspolice von insgesamt 4.162.430,70 €. Körperschaftsteuerrückforderungen und im Konto Steuerüberzahlungen enthaltene Gewerbesteuerrückforderungen ergeben sich aus den unterjährig zu hoch abgeführten Steuerzahlungen.

Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestanden durch die Umgliederung einer Fremdpolice aus dem Anlagevermögen in Höhe von 2.278,55 € gegenüber Personal. Ebenfalls bestanden Ansprüche aus Fremdpolice gegenüber dem persönlich haftenden Gesellschafter, welche jedoch -aufgrund der zum Erstellungszeitpunkt bereits angemeldeten Privatinsolvenz desselben- als nicht werthaltig zu betrachten sind und deshalb vollständig wertberichtigt wurden.

Zusammensetzung Forderungen aus Fremdpolice

Bilanzansatz zum 01.01.2009	<u>0,00 €</u>
+ Forderungen gegen Personal (g. 1 Jahr)	4.151,44 €
- Abschreibung auf Rückkaufswert	<u>1.872,89 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>2.278,55 €</u>

Bilanzansatz zum 01.01.2009	<u>0,00 €</u>
+ Ford. aus Lebensversicherungen Biehl	750.826,91 €
- Abschreibung auf Rückkaufswert	71.711,64 €
- Vollständige Wertberichtigung durch Insolvenz	<u>679.114,27 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>1,00 €</u>

III. Lebensversicherungen

<u>31.12.2009</u>	<u>28.336.179,77 €</u>
31.12.2008	0,00 €

Bilanzansatz um 01.01.2009	<u>0,00 €</u>
+ Umgliederungen aus dem Anlagevermögen	58.930.030,69 €
- Abschreibungen auf Fondwert	<u>30.593.850,92 €</u>
Bilanzansatz zum 31.12.2009	<u>28.336.179,77 €</u>

Aufgrund der nicht dauerhaft gegebenen Möglichkeit zur Bedienung der fondsgebundenen Lebensversicherungsverträge war deren Funktion in der Gesellschaft als Anlagevermögen nicht mehr gegeben. Folglich waren diese im Umlaufvermögen auszuweisen und mit dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Stichtag zu bewerten. Bei fondsgebundenen Police wurde dabei auf den zum Stichtag gemeldeten Fondswert abgeschrieben. Hieraus ergab sich zum Stichtag ein Abwertungsbedarf in Höhe von 30.593.850,92 €.

Die Umgliederung dieser Policen war notwendig, da die betreffenden Versicherungen aufgrund von Teilrückkäufen wirtschaftlich entwertet wurden und aufgrund des insgesamt defizitären Geschäftsmodells der Gesellschaft nicht dauerhaft bedient und somit für den Geschäftszweck der Gesellschaft genutzt werden konnten. Im Umlaufvermögen wurden die entsprechenden Policen auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert zum Stichtag abgeschrieben. Der Wert der umgegliederten und entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip bewerteten fondsgebundenen Versicherungen beträgt zum Bilanzstichtag **28.336.179,77 €**.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

<u>31.12.2009</u>	<u>10.831.194,41 €</u>
31.12.2008	2.189.045,52 €

C. Rechnungsabgrenzungsposten

<u>31.12.2009</u>	<u>627.029,70 €</u>
31.12.2008	632.340,30 €

Zusammensetzung

Zinsen Policendarlehen	579.978,65 €
Kreditbereitstellungsgebühr	33.842,97 €
sonstige aktive Rechnungsabgrenzung	13.208,08 €

D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil persönlich haftender Gesellschafter

<u>31.12.2009</u>	<u>43.411.283,52 €</u>
31.12.2008	0,00 €

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

<u>31.12.2009</u>	<u>12.700.000,00 €</u>
31.12.2008	10.775.000,00 €

Das Grundkapital von 12.700.000,00 € ist eingeteilt in:

<u>Grundkapital</u>	<u>Euro</u>
11.550.000 Stück auf den Namen lautende Stammaktien	11.550.000,00
1.150.000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien	1.150.000,00

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 21. November 2006 wurde der persönlich haftende Gesellschafter ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bar- oder Sacheinlage um bis zu 1.900.000,00 € zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital). Die Ermächtigung ist bis zum 31. Dezember 2010 befristet.

II. Kapitalrücklage	<u>31.12.2009</u>	<u>1.150.000,00 €</u>
	31.12.2008	1.150.000,00 €

Die Kapitalrücklage resultiert aus der Ausgabe von Vorzugsaktien über dem Nennwert (Agio).

III. Genussrechtskapital	<u>31.12.2009</u>	<u>14.958.304,05 €</u>
	31.12.2008	10.610.534,00 €
davon Agio		
961.872,00 €		
(690.398,00 €)		

Zusammensetzung

Genussrechtskapital		13.996.432,05 €
Agio aus Genussrechten		<u>961.872,00 €</u>
		<u>14.958.304,05 €</u>

Mit Beschluss vom 4. Juli 2006 wurde die mit Beschluss vom 21. März 2002 erteilte Ermächtigung des persönlich haftenden Gesellschafters verlängert, als Maßnahme der Kapitalbeschaffung Genussrechte im Volumen von bis zu 50.000.000,00 € auszugeben. Die Ermächtigung war bis zum 31. Dezember 2010 befristet. Die Zeichnungssumme am Bilanzstichtag betrug insgesamt 24.133.600,00 € (Vorjahr: 17.604.200,00 €), wovon Genussrechte im Wert von 13.996.432,05 € (Vorjahr: 9.920.136,00 €) bereits ausgegeben wurden. Die Stückelung je Genussrecht beträgt 0,01 €. Die Genussrechte haben Mindestlaufzeiten von 5, 10 und 15 Jahren.

IV. Bilanzverlust

Im Bilanzverlust von 72.219.587,57 € ist ein Gewinnvortrag in Höhe von 10.060.748,45 € enthalten.

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	<u>31.12.2009</u>	<u>0,00 €</u>
	31.12.2008	2.528.333,89 €
2. Sonstige Rückstellungen	<u>31.12.2009</u>	<u>318.469,05 €</u>
	31.12.2008	272.421,30 €

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten (200 T€), für ausstehende Rechnungen (ca. 60 T€), für die Beiträge zur IHK (ca. 28 T€), für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (ca. 19 T€), für Urlaubsansprüche (ca. 9 T€) sowie für Beiträge zur Berufsgenossenschaft (ca. 1 T€).

C. Verbindlichkeiten

1. Anleihen	<u>31.12.2009</u>	<u>243.625.195,99 €</u>
	31.12.2008	182.026.622,25 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
147.936.777,08 €		
(96.867.315,30 €)		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren		
11.197.773,23 €		
(8.809.627,57 €)		

Im Posten enthalten sind sowohl Orderschuldverschreibungen unterschiedlicher Laufzeit mit jährlicher Zinsausschüttung als auch solche mit endfälligen Zinsausschüttungen (Nullkuponanleihen). Die Orderschuldverschreibungen werden je nach Laufzeit mit 4,8 bis 9,1 % verzinst. Weiterhin werden Genussscheine in Höhe von 23.000,00 € unter den Anleihen ausgewiesen, welche die Kriterien des Eigenkapitalausweises nicht mehr erfüllen.

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<u>31.12.2009</u>	<u>2.902.902,20 €</u>
	31.12.2008	2.983.992,90 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
93.285,82 €		
(110.565,21 €)		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren		
2.408.650,40 €		
(2.518.153,97 €)		

Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	<u>31.12.2009</u>	<u>148.954,61 €</u>
	31.12.2008	0,00 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
148.954,61 € (0,00 €)		

Die Position beinhaltet Anzahlungen auf im Folgejahr ausgegebene Orderschuldverschreibungen.

4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>31.12.2009</u>	<u>789.566,27 €</u>
	31.12.2008	505.646,61 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
789.566,27 €		
(505.646,61 €)		

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen aus Lieferungen und Leistungen aus Vermittlungsleistungen der INFINUS AG Finanzdienstleistungsinstitut.

5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>31.12.2009</u>	<u>1.171.046,15 €</u>
	31.12.2008	110.120,98 €
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
408.746,15 €		
(110.120,98 €)		

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Policendarlehen (1.123.600 €) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (47.446,15 €).

6. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>31.12.2009</u>	<u>33.818.492,84 €</u>
	31.12.2008	25.924.986,45 €
davon gegenüber Gesellschaftern		
396.158,47 €		
(23.280,37 €)		
davon aus Steuern		
185.689,80 €		
(164.259,97 €)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
619,25 €		
(0,00 €)		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1.155.879,75 €		
(6.125.777,88 €)		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren		
31.399.000,00 €		
(18.771.887,00 €)		

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Policendarlehen (33.208.637,00 €) sowie aus einbehaltener Kapitalertragsteuer (181.302,87 €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind im Vorjahr in Höhe von 104.400,09 € in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten.

D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>31.12.2009</u>	<u>5.700,00 €</u>
	31.12.2008	5.700,00 €

II. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Außerplanmäßige Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden insgesamt in Höhe von 85.448.790,77 € vorgenommen.

In den Vertriebskosten sind Akquisitionskosten für Fremdkapitalbeschaffung in Höhe von 9.073.917,39 € (Vorjahr: 7.362.030,84 €) enthalten.

Aufgrund der vorgenommenen Abwertungen der fondsgebundenen Lebensversicherungen, der Ausleihungen, sonstigen Ausleihungen und Beteiligungen ergibt sich kein Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag. Folglich schuldete die Gesellschaft nach den Genussscheinbedingungen auch keine Basisverzinsung und keine Übergewinnverzinsung an ihre Genussrechtsgläubiger. Insoweit war der Zinsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend zu korrigieren.

III. Sonstige Angaben

Namen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Die Geschäftsführung obliegt dem persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Biehl, wohnhaft in Dresden. Die Angabe der für die Tätigkeit der Geschäftsführung im Berichtsjahr gewährten Gesamtbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an:

Herr Siegfried Bullin,	ausgeübter Beruf:	Rechtsanwalt
Herr Jens Pardeike,	ausgeübter Beruf:	Versicherungsmakler
Herr Andreas Heß,	ausgeübter Beruf:	Versicherungsmakler

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war im Geschäftsjahr Herr Siegfried Bullin.

Für seine Tätigkeit erhielt der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr eine Vergütung von insgesamt 52.845,60 € (Vorjahr: 52.845,60 €).

Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen von mind. 20 Prozent der Anteile

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über nachstehende Unternehmen berichtet:

Firmenname / Sitz	Anteils- höhe	Jahres- ergebnis	Eigen- kapital
		Euro	Euro
INFINUS Vertrieb & Service AG, Dresden	100 %	0	1.151.627,90
Moritzburger Versicherungsmakler GmbH, Moritzburg	100 %	0	33.330,13
Capital Business GmbH, Frankfurt a. Main	100 %	0	25.000,00
INFINUS Hausverwaltungs GmbH, Dresden	100 %	0	25.000,00
INFINUS PR & Marketing GmbH, Dresden	100 %	0	63.261,97
IFP INFINUS Financial Partner AG, Stuttgart	76 %	0	294.218,00

Ein Beteiligungsverhältnis im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB besteht zur Future Business PLUS AG, Dresden. Die Beteiligung beträgt 20 von Hundert am Grundkapital von 1.000.000,00 €. Zum 31. März 2009 beträgt das Eigenkapital der Gesellschaft 35.698.400,65 € und der Jahresüberschuss 182.092,40 €.

Mit folgenden Gesellschaften bestehen Gewinnabführungsverträge im Sinne des § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG:

- INFINUS Vertrieb & Service AG, Dresden
- Moritzburger Versicherungsmakler GmbH, Moritzburg
- Capital Business GmbH, Frankfurt a. Main
- INFINUS PR & Marketing GmbH, Dresden

Dresden, den

Insolvenzverwalter der Future Business KG aA

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						Abschreibungen				R
	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2009	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2009		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Vermögensgegenstände	17.616,26	42.458,70	3.448,62	389.476,34	446.102,68	11.508,26	32.712,04	2.394,62	41.825,68		404.2
erworbene Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Werte sowie Lizenzen an Patenten und Werten	293.703,50	95.772,84	0,00	-389.476,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		404.2
Vermögensgegenstände	311.319,76	138.231,54	3.448,62	0,00	446.102,68	11.508,26	32.712,04	2.394,62	41.825,68		404.2
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	8.424.190,21	8.149,40	0,00	0,00	8.432.339,61	951.673,55	455.303,03	0,00	1.406.976,58		7.025.3
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	1.048.667,63	32.702,20	0,00	0,00	1.081.369,83	215.985,04	70.348,67	0,00	286.333,71		795.0
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	(11.505,54)	(10.378,09)	(0,00)	(0,00)	(21.883,63)	(2.302,54)	(4.192,89)	(0,00)	(6.495,43)		(15.38
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	9.472.857,84	40.851,60	0,00	0,00	9.513.709,44	1.167.658,59	525.651,70	0,00	1.693.310,29		7.820.3
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	2.775.813,59	100.000,00	0,00	0,00	2.875.813,59	0,00	2.875.808,59	0,00	2.875.808,59		
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	45.000.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000.000,00	0,00	44.999.999,00	0,00	44.999.999,00		
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	410.000,00	0,00	0,00	0,00	410.000,00	1.215,74	408.782,26	0,00	409.998,00		
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	13.342.350,00	0,00	0,00	0,00	13.342.350,00	0,00	6.570.350,00	0,00	6.570.350,00		6.772.00
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	119.403.780,14	73.958.567,26	38.898.877,11	-70.387.872,61	84.075.597,68	0,00	0,00	0,00	0,00		84.075.5
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	180.931.943,73	74.058.567,26	38.898.877,11	-70.387.872,61	145.703.761,27	1.215,74	54.854.939,85	0,00	54.856.155,59		90.847.6
Immaterielle, grundstücksgleiche Rechte einschließlich der Bauten auf Grundstücken	190.716.121,33	74.237.650,40	38.902.325,73	-70.387.872,61	155.663.573,39	1.180.382,59	55.413.303,59	2.394,62	56.591.291,56		99.072.2

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Firma	Future Business KG aA
Rechtsform	KGaA
Sitz	Dresden
Gesellschaftsvertrag	Die Gesellschaft wurde mit Vertrag vom 23.02.2000 des Notars Dr. jur. H. Neupert (URNr. 184/2000), Dresden, durch Bargründung errichtet.
Handelsregister	Dresden, 18735
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Gegenstand des Unternehmens	Erwerb und Verwertung von bestehenden kapitalbildenden Versicherungen, der Erwerb von Immobilien sowie Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, der An- und Verkauf von Versicherungsbeständen sowie die gewerbliche Vermietung und Verpachtung von Immobilien.
Stammkapital	12.700.000,00 Euro Das Grundkapital ist wie folgt aufgeteilt: <ul style="list-style-type: none">– 11.550.000 Stück auf den Namen lautende Stammaktien– 1.150.000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien. Die Aktionäre im Einzelnen werden in einem Aktienbuch geführt, dass in den Geschäftsräumen der Future Business KG aA zur Einsichtnahme bereit lag. Der persönlich haftende Gesellschafter hat keine weitere gesonderte Einlage auf das Grundkapital erbracht.
Geschäftsführung und Vertretung	Die Geschäfte werden vom persönlich haftenden Gesellschafter, Jörg Biehl, Dresden, geführt.

Gewinnabführungsvertrag	<p>Es bestanden zum Stichtag Gewinnabführungsverträge mit folgenden Gesellschaften:</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG,– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH,– Capital Business GmbH,– INFINUS PR & Marketing GmbH.
Gesellschafter	<p>Der einzig persönlich haftende Gesellschafter ist Jörg Biehl. Übrige Geschäftsanteile werden von Aktionären gehalten.</p>
Beschlüsse	<p>Mit Gesellschafterbeschluss vom 20. Mai 2009 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 festgestellt, seine Verwendung beschlossen und der Geschäftsführung für 2008 Entlastung erteilt.</p>
Größenklasse	<p>Es handelt sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB.</p>
Zuständiges Finanzamt	<p>Finanzamt Dresden-Süd</p>
Steuernummer	<p>Steuernummer 203/100/90043</p>
Steuerpflicht	<p>Die Gesellschaft ist unbeschränkt gewerbe-, körperschaft- und umsatzsteuerpflichtig.</p>
Organschaft	<p>Die Gesellschaft bildet mit der</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG,– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH,– Capital Business GmbH,– INFINUS Hausverwaltungs GmbH,– INFINUS PR & Marketing GmbH sowie der– IFP INFINUS Financial Partner AG (ab 1. Oktober 2009) <p>eine umsatzsteuerlich Organschaft. Die Gesellschaft ist Organträgerin.</p> <p>Die Gesellschaft ist körperschaftsteuerlicher und gewerbsteuerlicher Organträger des Organkreises mit der:</p> <ul style="list-style-type: none">– INFINUS Vertrieb & Service AG– Moritzburger Versicherungsmakler GmbH– Capital Business GmbH sowie der– INFINUS PR & Marketing GmbH
Veranlagungsstand	<p>2012</p>
Steuerliche Außenprüfungen	<p>Die Betriebsprüfung für 2009 bis 2011 ist noch nicht abgeschlossen.</p>